

Pressehintergrund: Steuersystem reformieren und unfaire Gewinnverschiebung beenden anstatt Steuern senken – Steuervermeidung am Beispiel von Fresenius

Eine Studie des Centre for International Corporate Tax Accountability & Research (CICTAR) in Zusammenarbeit mit der europäischen und globalen Dienstleistungsgewerkschaft (EPSU & PSI) und dem Netzwerk Steuergerechtigkeit zeigt am Beispiel von Fresenius: Auch deutsche Unternehmen verschieben Gewinne in Steueroasen und verschaffen sich dadurch einen ungerechten Wettbewerbsvorteil. Dies ist umso bemerkenswerter, weil die Einnahmen von Fresenius größtenteils aus dem staatlichen oder staatlich regulierten Gesundheitswesen stammen und damit größtenteils durch Steuern und Versicherungsbeiträge finanziert werden. Deutschland sollte auf mehr Transparenz bei den Finanzberichten und eine Reform des Systems der internationalen Unternehmensbesteuerung drängen anstatt sich dem ruinösen Steuersenkungswettbewerb anzuschließen.

Das Wichtigste in Kürze:

- Fresenius zahlte in den letzten 10 Jahren im Schnitt 25,2% Steuern obwohl die Steuersätze in den wichtigsten Märkten (Deutschland + USA) bei 30 bzw. 35% lagen. Zu den geltenden Steuersätzen versteuert, wären in den 10 Jahren 1,4 bis 2,9 Milliarden Euro zusätzliche Steuern fällig geworden.
- Fresenius weist für 2018 in Deutschland einen effektiven Steuersatz von 32,1% und damit mehr als die nominell fälligen 30,6% aus, aber verbuchte hier (genauso wie in anderen Hochsteuerländern) einen im Vergleich zu den Mitarbeitern und Umsätzen kleinen Gewinn.
- Fresenius hat bzw. hatte Tochtergesellschaften in so gut wie allen wichtigen Steueroasen, darunter Finanzierungsgesellschaften in Luxemburg, Irland, den Niederlanden und Delaware sowie Holding- und Handelsgesellschaften in den Niederlanden, Delaware, Singapur, den Kaimaninseln, den britischen Jungferninseln, Hongkong, Panama und anderen.

FAQs:

Die Silicon Six zahlen nur 15%, Fresenius immerhin 25%, also alles halb so wild?

Angesichts dessen, dass Fresenius in den zugrundeliegenden 10 Jahren seinen Umsatz fast ausschließlich in Ländern mit Steuern oberhalb von 30% erwirtschaftet hat, als relativ traditionelles Unternehmen weniger Möglichkeiten hat Gewinne zu verschieben und fast ununterbrochen profitabel war (also wenig Verlustvorträge hat), sind 25% sehr wenig.

Fresenius hat in Deutschland eine Steuerquote von sogar 32,1%, sind die Zahlen zuverlässig?

Effektive Steuersätze oberhalb des nominellen Steuersatzes sind in Deutschland durchaus üblich. Dies liegt oft an der Hinzurechnung bei der Gewerbesteuer, wo z.B. Mieten, Pachten, Zinsen oberhalb von Freibeträgen (100.000 Euro) wieder auf den zu versteuernden Gewinn aufgeschlagen werden (siehe z.B. hier für Details: <https://www.deutsche-handwerkszeitung.de/gewerbesteuer-was-das-finanzamt-zusaetzlich-berechnet/150/3096/243710>)

Wie verschiebt Fresenius seine Gewinne aus Deutschland?

In Deutschland findet sich im Jahresabschluss (anders als z.B. in Indien oder Italien) nur sehr wenig Information über die Geschäfte mit verbundenen Unternehmen, deswegen lässt sich Gewinnverschiebung nur sehr schwer nachvollziehen. Auch inwieweit die niedrigere Profitabilität in Deutschland auf wirtschaftliche Gründe (z.B. hohe Personalkosten, geringere Margen im Krankenhausgeschäft) oder auf Gewinnverschiebung zurückzuführen ist, lässt sich nicht solide schätzen. Zumindest aus den Niederlanden ist belegt, dass Fresenius von 2002 bis 2014 (bis zur Beanstandung durch die Steuerbehörden) Kredite unberechtigterweise dort angesiedelt und die Kosten in Deutschland vom Gewinn abgezogen hat. Fresenius in Deutschland importiert Leistungen und Produkte von Tochtergesellschaften aus dem Ausland und rechnet dabei möglicherweise überhöhte Preise ab.

Wenn Fresenius sowieso 25% zahlt, kann man die Steuern wie von der CDU/CSU geplant ohne weiteres auf 25% absenken bzw. dadurch die Gewinnverschiebung stoppen?

Bei einem Steuersatz von 25% wären für Fresenius 2018 in Deutschland knapp 36 Millionen Euro weniger Steuern fällig geworden. Dass eine niedrigere Steuer zu niedrigerer Gewinnverschiebung führt ist sehr unwahrscheinlich, weil die in den Niedrigsteuerrändern erzielten Steuersätze noch sehr viel niedriger sind als 25% und der Anreiz zur Gewinnverschiebung weiterhin besteht.

Die Bundesregierung hat 2019 erneut einen Rekordüberschuss erzielt. Was spricht gegen eine Senkung der Unternehmenssteuer?

Nach Schätzungen des [BMF](#) würde eine Senkung der Körperschaftsteuer um 5% Deutschland jedes Jahr 17,18 Milliarden Euro kosten. Das übersteigt selbst den einmaligen Rekordüberschuss von 2019. Außerdem entfallen von dieser Entlastung 15,96 Milliarden Euro auf die 10% höchsten Einkommen. In den USA wurden die Steuersenkungen aus der Reform von 2017 kaum über höhere Löhne an die Angestellten weitergegeben oder investiert, sondern hauptsächlich für Aktienrückkaufprogramme und höhere Dividenden für die Anteilseigner verwendet.

Gibt es Steuerdumping in Deutschland oder nicht?

Eine [Studie](#) von Huber und Maiterth (HU-Berlin) vom Dezember 2019 errechnete für deutsche Unternehmen einen durchschnittlichen effektiven Steuersatz von 29,1% und widerspricht einer [Studie](#) der Grünen/EFA im Europaparlament, die einen effektiven Steuersatz von 19,6% errechnet hatte. Beide Studien verwenden Zahlen aus den veröffentlichten Einzelabschlüssen in Deutschland tätiger Unternehmen und sind deswegen wenig aussagekräftig in Bezug auf Gewinnverschiebung und Steuervermeidung. Die deutsche Tochtergesellschaft von Fresenius – genauso wie die einzelne Logistiktochter von Amazon – zahlt zwar für den ausgewiesenen Gewinn oft mehr als 30% Steuern, aber der Gewinn ist oft künstlich klein gerechnet. Die nötigen Daten um diesen Effekt zu schätzen – also Umsätze, Mitarbeiter, Gewinne und Steuern pro Land – sind bis jetzt aber fast nie (vollständig) öffentlich zugänglich. Die OECD will 2020 erstmals aggregierte Daten aus den länderbezogenen Berichten der großen Unternehmen veröffentlichen.

Wieso gibt es noch keine öffentliche länderbezogenen Berichterstattung?

Ein vom europäischen Parlament angenommener Kommissionsvorschlag zur öffentlichen länderbezogenen Berichterstattung von 2016 ist bisher im Rat gescheitert. Eine für den 28. November 2019 angesetzte [Abstimmung](#) wurde wegen des vor allem von Luxemburg organisierten Widerstands und einer sehr knappen Mehrheit gegen den Vorschlag (eine Stimme) kurzfristig verschoben. Deutschland enthält sich bisher bei der Entscheidung. Seit kurzem bekennt sich Finanzminister Scholz öffentlich für die öffentliche Berichterstattung, scheitert bisher aber am Widerstand des CDU/CSU-geführten Wirtschaftsministeriums (Altmaier).

Ansprechpersonen für Nachfragen:

Netzwerk Steuergerechtigkeit
Christoph Trautvetter, Referent
presse@netzwerk-steuergerechtigkeit.de
Tel.: +49 30 217 99 994

European Public Services Union
Pablo SÁNCHEZ CENTELLAS
psanchez@epsu.org
Tel.: +32 2 250 10 89

CICTAR
Jason Ward, Studienautor (Englisch)
Sydney, Australia
jason.ward@cictar.org
Tel: +61 488 190 457

Public Services International
David Boys
david.boys@world-psi.org
Tel +33 6 07 09 26 47